

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 26 (1934)

Heft: 7

Artikel: Staatliche Gewerkschaft in Oesterreich : aus österreichischen Gewerkschaftskreisen schreibt man uns

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sie dem Utilitaristen so schwerfällig erscheinen, ist aber in Wirklichkeit ihr edeltes Angebinde. Wahrer Demokratie geht es immer um den Menschen. Der Lohn solchen Bemühens liegt in der segensvollen Gestaltung des Gemeinwesens, in Recht, Friede und Freiheit.

Staatliche Gewerkschaft in Oesterreich.

Aus österreichischen Gewerkschaftskreisen schreibt man uns:

Wir wollen nicht von der furchtbaren politischen Vergewaltigung der Arbeiterklasse in Oesterreich und ihren Auswirkungen sprechen. Es ist bekannt, was sich in Oesterreich zugetragen hat. Für die zerstörten freien Gewerkschaften wurde bekanntlich von Staates wegen eine Monopolorganisation geschaffen, der Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten. Es erfolgte eine Zusammenfassung der Berufsgruppen ohne Befragen der arbeitenden Menschen, aber auch gleichzeitig eine ganz sinnlose Zerreissung. Der organische Aufbau dieser Scheinorganisation ist nicht ohne Interesse zu betrachten.

Der Gewerkschaftsbund gliedert sich in fünf Berufsverbände, die wieder in Gruppen der Arbeiter und Angestellten zerfallen. Die Gruppe Industrie und Bergbau zählt neun Organisationen, die Gruppe Gewerbe gleichfalls neun; für Handel und Verkehr sind drei, für Geld-, Kredit- und Versicherungswesen zwei Gruppen geschaffen worden und die freien Berufe zählen elf Unterverbände. Dies sind also 34 Organisationen. Die Trennung der Arbeiter nach Beschäftigten in Industrie und Gewerbe stellt sich als eine sehr unpraktische Ordnung dar, denn die Unternehmer verstehen es, diese Zersplitterung für ihre Zwecke bei Festsetzung von Löhnen und Arbeitsbedingungen prächtig auszunützen. Die immerhin sehr grosse Zahl von Arbeitern und Angestellten in öffentlichen Diensten, wozu auch die Eisenbahner gehören, haben bis heute keine Organisationsmöglichkeit. Ebenso ist auch die Landarbeiterenschaft organisatorisch vogelfrei.

Der Wirkungskreis der einzelnen Berufsgruppen ist äusserst beschränkt. Vor allem haben die verschiedenen Gruppen in administrativer und finanzieller Hinsicht keine Selbständigkeit, denn die Spitze dieses Organisationsgebildes schaltet und waltet nach eigenem Gutdünken, ohne jemand Rechenschaft schuldig zu sein. Unverbürgten Nachrichten zufolge soll der Mitgliederstand dieser Zwangsorganisationen augenblicklich insgesamt hunderttausend betragen. In Wahrheit handelt es sich um einige hundert freiwillig Beigetretene, ehemalige Freigewerkschafter, alles übrige sind Zwangsmitglieder, die einem Druck der Unternehmer folgten, dann Arbeitslose und unterstützungsfordernde Arbeitsinvaliden. Wird in Betracht gezogen, dass die freien Gewerkschaften zuletzt 560,000 Mitgliederzählten und andere Organisations-

richtungen in Oesterreich rund 150,000 Mitglieder aufwiesen, dann kann, die Richtigkeit der genannten Mitgliederzahl in der Faschistenorganisation vorausgesetzt, ruhig behauptet werden, dass in vier Monaten der Werbung für die faschistische Gewerkschaft rund ein Siebentel des alten Standes hinter der neuen Fahne steht. Wahrlich, ein überwältigender Erfolg.

Es ist aber auch wirklich nicht verlockend, sich dem neuen Gebilde freiwillig anzuschliessen. Wer beitritt, muss vaterländische Gesinnung reinster Farbe bekennen, muss sich den Ernennungen der «Führer» widerspruchslos fügen und alles in Ruhe und ohne Auflehnung hinnehmen, was von oben her vorgesetzt wird. Die Kammern der Arbeiter und Angestellten besorgen die Geschäftsführung und das alleinige Recht auf Vertragsabschlüsse hat die Einheitsgewerkschaft, im Einvernehmen mit den Arbeiterkammern. Das Beitragswesen ist zum Teil neu geregelt und die Unterstützungsseinrichtungen der freien Gewerkschaften sind wohl übernommen, aber sie werden nur so lange fortgeführt, als die vorhandenen Geldmittel reichen, dann wird die wertvolle Einrichtung zu einer gnadenweisen Fürsorge herabsinken.

Viel grösseren Wert als auf die Hilfe an Bedürftige legen die faschistischen Machthaber auf die Beeinflussung der Freizeit der Arbeiter und Angestellten. Unter höchster behördlicher Aufsicht — Fürst Starhemberg steht an der Spitze — wird das Sportwesen wieder gestattet und die Bildungsarbeit nach streng katholischen Grundsätzen und faschistischen Erkenntnissen eingerichtet. All die vielen kulturell bedeutsamen Bildungsstätten, welche sich die Arbeiterschaft selbst gebaut hat, wurden ihr genommen, beziehungsweise der freien Selbstbestimmung entzogen. So ist das prächtige Lehrlingsheim der österreichischen freien Gewerkschaften, in Weidlingau bei Wien, «Anton Hueber-Haus» genannt, nunmehr zu einer Art Bethaus geworden und nebenbei werden dort Betriebsräte, soweit sie sich dazu finden, über die Aufgaben des autoritären Staates unterrichtet. Sie schicken selbst die bescheidensten Bureaucräfte, unbekümmert um deren organisatorische Verwendbarkeit, in das Lehrlingsheim, damit sie als geeichte Faschisten verlässlich verwendet werden können. Die wertvollen Bibliotheken der Wiener Arbeiterschaft, zu deren Entstehung die Gewerkschaften viel beigetragen haben, eigneten sich die neuen Herren einfach an, setzten an Stelle der uneigennützig tätigen Mitarbeiter nunmehr besoldete Leiter ein, schalteten eine Reihe liberaler Autoren aus den Büchereien aus und warten bis jetzt auf die noch immer nicht in genügender Zahl erscheinenden Leser.

Doch der Uebereifer, mit dem die Faschisten an die Werbung herangehen und dabei in Wort und Schrift kein Mittel für zu schlecht erachten, um an den aufgelösten freien Gewerkschaften und deren Vertrauensmännern schmähende Kritik zu üben, zeitigt keine entsprechenden Erfolge, wie die Mitgliederzahlen beweisen. Die schönsten Lockmittel erweisen sich als ungeeignet für den

Mitgliederfang, denn die Arbeiter werden es nie vergessen, wie ihnen Geld, Häuser und sonstiger Besitz durch einen Federstrich weggenommen wurden. Ueberdies aber sind die Machthaber nicht darnach angetan, Zutrauen einzuflößen. Akademiker aller Grade führen das Wort, Offiziere haben fette Pöstchen als Zulage zu ihrer Pension, als Judasse bekannte christliche Sekretäre sowie leider auch einige Ueberläufer, deren Namen stadtbekannt sind, wurden als Söldlinge geworben. All diese «Führer» bringen Kenntnisse und Fähigkeiten mit, die ein klägliches Bild über das Wirken dieser Zwangsgewerkschaft bieten.

Die Faschisten haben eine zentrale Gewerkschaftszeitung herausgegeben. Sie erscheint monatlich und ist 16 Seiten stark. Sie enthält eine vierseitige Beilage für jede Berufsgruppe. Aber der Inhalt dieses Blättchens ist öde und leer. Von den Vorkommnissen in den Betrieben, vom Vertragswesen, den Sorgen und Wünschen der Arbeiter und Angestellten sucht man vergeblich Nachrichten. Um das Land ist eine hohe Mauer gezogen und Mitteilungen über die gewerkschaftlichen Bestrebungen in anderen Ländern haben in dem Blatt keinen Raum. Dafür wird um so beharrlicher die berufsständische Idee und der autoritäre Staat verfochten.

Um die Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten mit den neuen Verhältnissen zu einem dauernden Zustand zu machen, werden auch die Betriebsräte nun nicht mehr von den Belegschaften direkt gewählt, sondern von den Kammern ernannt, wobei sich die Unternehmer, in vielen Fällen nachweisbar, einfach das Vorschlagsrecht herausnehmen.

Fragt man, was denn die faschistische Gewerkschaft in dem vollen Vierteljahr ihres Bestandes eigentlich praktisch geleistet hat, so kann diese Frage mit dem einfachen Wörtchen Nichts! beantwortet werden. Abgelaufene Verträge sind entweder verlängert worden, weil die «Führer» nicht den Mut aufbrachten, schon jetzt Verschlechterungen zuzustimmen, oder aber es sind in der Tat, was unter Beweis gestellt werden kann, sehr böse Benachteiligungen der Arbeiter und Angestellten eingetreten. Vorschläge zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit oder für Arbeitsbeschaffung sind nicht erfolgt. Nicht einmal zu einem zahmen Protest hat man sich aufgeschwungen, als die Gemeinde Wien daranging, den arbeitenden Menschen die Miete der Wohnungen empfindlich zu verteuern und die Wassergebühren zu erhöhen. Man fördert den freiwilligen Arbeitsdienst, der niemals vermehrte Konsumkraft bringen kann, man schweigt dazu, wenn zu staatlichen Diensten immer häufiger Menschen herangezogen werden, die mit einem Gehalt von 50 Schilling pro Monat abgefertigt werden. Die in ihrer Bewegungsfreiheit geknebelte Arbeiterschaft hat für solche Zustände offene Augen.

Vor allem aber sind noch immer und nun schon volle vier Monate tausende Vertrauensmänner in Haft, manche mit schweren Kerkerstrafen bedacht, und weitere Tausende wurden aus den Be-

trieben geworfen, weil für die « Retter des Vaterlandes, die Helden des Februar » Platz gemacht werden musste. Das Konzentrationslager vermag die Eingelieferten kaum mehr zu fassen. Wegen sogenannter Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern befinden sich Verbandsobmänner und Kassiere der freien Gewerkschaften in Untersuchungshaft. Wir nennen die auch im Ausland bekannten Namen: B ö h m von den Bauarbeitern, H u p p e r t von den Lebensmittelarbeitern, A l l i n a von den Bankangestellten, L a c k e n b a c h e r , Sekretär der Angestelltenverbände. Jene Gewaltmenschen, die stets von Veruntreuung durch die Roten sprechen, scheuen nicht davor zurück, den Raub von Gewerkschaftsgeldern anzuordnen oder zu decken. Die A r b e i t e r b a n k , ein mustergültig geführtes Unternehmen, mu s s jetzt einfach passiv gebaren, um die Deckung für die Schandtaten der Regierung im Februar zu liefern. Ein besonderes Kapitel bildet zum Beispiel die Behandlung der entlassenen, bezahlten Vertrauensmänner der freien Gewerkschaften. Diese Mitarbeiter in unserer Bewegung haben sich meist durch jahrelange Dienste gewisse gesetzliche Ansprüche auf Schutz in ihren alten Tagen erworben. Es ist schmachvoll, wie diese Rechte jetzt mit Füßen getreten werden. Der Bundeskanzler jedoch bietet in christlicher Unschuld der Arbeiterschaft die Bruderhand. Nebenbei sei darauf hingewiesen, dass die Liquidierung der alten Verbände für die von der Polizei mit dieser Aufgabe betrauten Staatspensionisten zur herrlichen Sinekure geworden ist. Die Herren haben es verstanden, bisher einige tausend Schillinge von Arbeitergroschen als Entschädigung für ihre Mühewaltung in Anspruch zu nehmen.

Gedenken wir noch des Umstandes, dass in der Sozialversicherung die Selbstverwaltung durch die Versicherten eine ins Reich der Vergangenheit gehörende Angelegenheit ist und die Versicherungseinrichtungen in allernächster Zeit bedeutend verschlechtert werden, und verweisen wir ferner auf die nicht minder traurige Tatsache, dass auch beim Arbeitsrecht die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen nicht mehr vorhanden ist, indem die Besitzer bei den Gewerbegerichten, Schiedskommissionen usw. ernannt werden und nur waschechte Regierungsleute in Betracht kommen, dann ist es zu verstehen, wenn die Arbeiterschaft all dem Gehabt mit Misstrauen und Feindschaft gegenübersteht. Man kann kein Vertrauen haben. Selbst einige Ersatzblätter für die verbotene Arbeiterpresse vermögen nicht, die notwendige Stimmung zu erzeugen. Vielleicht können Zwangsbeiträge für die faschistische Gewerkschaft und der Ausschluss von der Arbeitsvermittlung für jene, welche der neuen Gewerkschaft nicht angehören, die Situation der Gegner etwas verbessern, aber die ideelle Gefolgschaft, die seelische Verbundenheit und die Mitarbeit der Massen wird nicht zu erreichen sein. Es gibt kein williges Einfügen, kein duldsames Ertragen, aber auch kein Trauern, es gibt nur einen beharrlichen Kampf gegen das faschistische System.